

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 13.09.2017, Seite 1 / Ausland

Dpa/Junge Welt
14.09.2017

Widerständiges Frankreich

*Hunderttausende demonstrieren landesweit gegen arbeiterfeindliches Gesetzesvorhaben
des Präsidenten Macron*



*Keine Reform der Arbeitsgesetzgebung, sondern deren Zerschlagung: Gewerkschaftsprotest in Marseille
am 12. September*

Foto: Claude Paris/AP/dpa

Hunderttausende Werktätige sind am Dienstag in Frankreich gegen die von Präsident Emmanuel Macron geplante Novellierung des Arbeitsrechts auf die Straße gegangen.

Insgesamt waren 180 Kundgebungen und mehr als 4.000 Streiks im Vorfeld angekündigt worden. In Paris fand am Nachmittag die zentrale Demonstration statt.

Zu dem Aktionstag hatte die linke Gewerkschaft CGT aufgerufen. Die Spitzen der anderen großen »Beschäftigtenvertretungen« hatten nicht zu den Protesten mobilisiert. Nur kleinere Syndikate und lokale Gliederungen hatten sich den Kundgebungen angeschlossen.

In ganz Frankreich kam es am Dienstag zu Verkehrsbehinderungen. Hunderte Flüge mussten gestrichen werden. Die Bahngesellschaft SNCF berichtete über Ausfälle bei den RER-Schnellbahnen im Pariser Großraum.

In Marseille (Foto), Rennes und Caen protestierten Tausende Menschen gegen die geplante Schleifung des Arbeitsrechts. In Marseille schloss sich der linke Oppositionsführer Jean-Luc Mélenchon den 60.000 Demonstranten an.

Der ehemalige Investmentbanker Macron will mit der Aushöhlung von Flächentarifverträgen und der Stärkung von »Betriebsvereinbarungen« die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften schwächen. Außerdem sehen die neoliberalen, von der CGT als »Loi Travail XXL« bezeichneten Pläne unter anderem vor, Entschädigungen für ungerechtfertigte Kündigungen zu deckeln. Die Gesetzesnovelle war Ende August vorgestellt worden. Sie soll noch im September vom Parlament, in dem Macron über eine große Mehrheit verfügt, beschlossen werden. (dpa/jW)